

■ KONJUNKTUR IM ZEICHEN EUROPAWEITER BUDGET- KONSOLIDIERUNG

PROGNOSE FÜR 1996 UND 1997

Unter dem Eindruck nachlassender Auslandsnachfrage schwächt sich das Wirtschaftswachstum in Österreich ab. Die nunmehr vordringlichen und unter Zeitdruck stehenden Bemühungen um den Abbau der Budgetdefizite – im Inland wie in vielen anderen EU-Staaten – werden die Konjunktur bis in das Jahr 1997 dämpfen. Auch wenn eine Rezession vermieden werden kann, steigt die Arbeitslosigkeit weiter. Die verhaltene Nachfrage sichert andererseits hohe Preisstabilität und entlastet die Leistungsbilanz.

Export- und Industrieproduktion sind in Österreich seit Mitte 1995 deutlich rückläufig – der in den Frühindikatoren angekündigte Konjunkturabschwung ist nunmehr eingetreten. Gleichzeitig hat sich laut jüngsten Umfragen das Geschäftsklima in der Industrie weiter getrübt. In der Bauwirtschaft ging die lange Wachstumsphase zu Ende, die Tourismuswirtschaft erlitt im Spätsommer weitere Einbußen. Im Durchschnitt 1995 dürfte die gesamte Wirtschaftsleistung im Vorjahresvergleich um wenig mehr als 2% gestiegen sein.

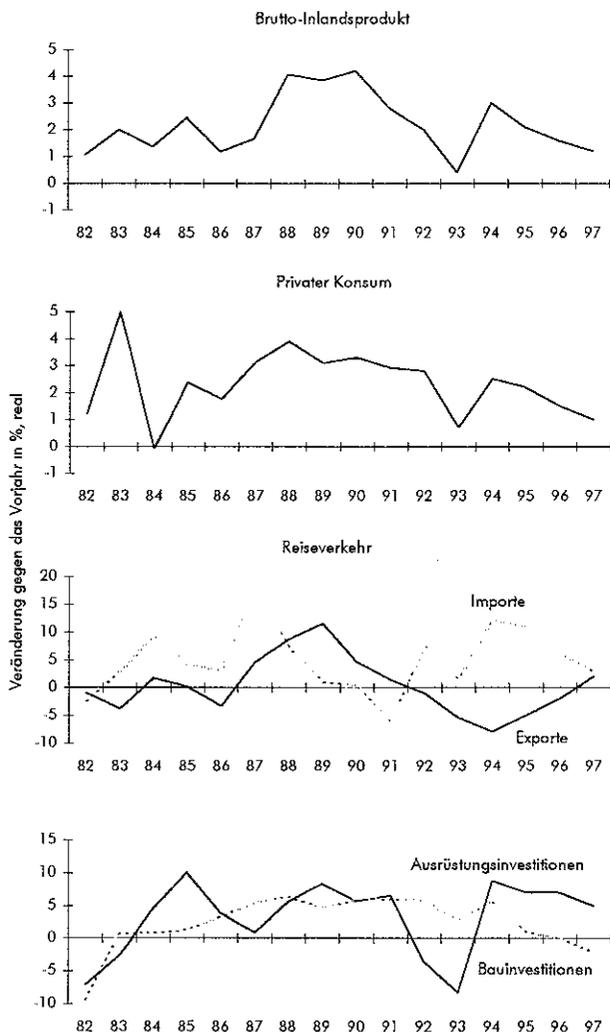
Der Abwärtstrend der Auslandsnachfrage wird voraussichtlich über die Jahreswende 1995/96 hinaus anhalten. Vorratslager werden eher abgebaut, der Nachfrage der privaten Haushalte fehlt allgemein der Schwung, und die Konkurrenz Nachteile aus den Wechselkursverschiebungen vom letzten Frühjahr sind bisher nur zum geringeren Teil bewältigt. Andererseits tritt mit Jahresbeginn in Deutschland eine Senkung der Einkommensteuer in Kraft. Sie sollte in weiterer Folge den privaten Verbrauch anregen; die Realisierung von vielfach über Jahre aufgestauten Konsumwünschen wird über Außenhandel und Reiseverkehr auch den Nachbarländern zugute kommen. Die auf absehbare Zeit weiter rückläufigen Zinsen und vielfach zufriedenstellende bis gute Unternehmenserträge sollten der bislang recht robusten Investitionskonjunktur auch bei verhaltenen Nachfrageperspektiven Rückhalt geben.

Indessen läßt der generelle Restriktionskurs der Fiskalpolitik neue Risiken für die europäische Konjunktur entstehen. Die überwiegende Zahl der EU-Länder erzielt zwar gewisse Fortschritte in der Rückführung überhöhter Budgetdefizite, ist

Die Konjunkturprognose entsteht
jeweils in Zusammenarbeit aller
Mitarbeiter des WIFO

Produktion und Nachfrage

Reale Veränderung gegen das Vorjahr in %



aber von der Erfüllung der Eintrittsbedingungen in die dritte Stufe der Europäischen Währungsunion noch deutlich entfernt. Die strenge Beachtung der „Maastricht-Kriterien“ ist nicht nur Voraussetzung für Stabilität und Stärke der künftigen Europawährung, sie liegt auch im eminenten Interesse jedes einzelnen Landes, um ein Mindestmaß an Vertrauen in die Wirtschaftspolitik und an Handlungsspielraum in den öffentlichen Haushalten zu gewährleisten. Sosehr die Rückkehr zu einer soliden Finanzpolitik die Voraussetzung für nachhaltiges Wachstum von Einkommen und Beschäftigung bildet, ist der Defizitabbau aber unmittelbar mit dem Ausfall öffentlicher und privater Nachfrage verbunden, der sich im internationalen Verbund übertragen und verstärken kann.

Der Abbau der Budgetdefizite, d. h. die geringere Beanspruchung der Kapitalmärkte durch die öffentliche Hand, schafft gleichzeitig Spielraum für Zinssenkungen und mittelbar für höhere private Nachfrage. Die Aussicht auf niedrige Zinsen, stabile Preise und die Eindämmung der Abgabenlast kann ihrerseits Investitionsklima

Hauptergebnisse der Prognose

	1993	1994	1995	1996	1997
Veränderung gegen das Vorjahr in %					
Brutto-Inlandsprodukt					
Real	+ 0,4	+ 3,0	+ 2,1	+ 1,6	+ 1,2
Nominell	+ 3,8	+ 6,5	+ 4,3	+ 3,8	+ 2,7
Wertschöpfung Industrie ¹⁾ real	- 3,7	+ 4,2	+ 4,5	+ 2,5	+ 2,0
Privater Konsum real	+ 0,7	+ 2,5	+ 2,2	+ 1,5	+ 1,0
Brutto-Anlageinvestitionen real	- 1,6	+ 6,8	+ 3,5	+ 3,0	+ 1,1
Ausrüstungen	- 8,2	+ 8,8	+ 7,0	+ 7,0	+ 5,0
Bauten	+ 2,9	+ 5,6	+ 1,0	± 0,0	- 2,0
Warenexporte					
Real	- 3,4	+ 8,7	+ 8,5	+ 6,0	+ 6,0
Nominell	- 4,2	+ 9,7	+ 9,6	+ 7,1	+ 7,1
Warenimporte					
Real	- 4,4	+ 10,3	+ 7,0	+ 4,0	+ 3,5
Nominell	- 4,9	+ 11,3	+ 7,5	+ 4,0	+ 4,0
Handelsbilanzsaldo Mrd. S	- 97,7	- 116,4	- 114,6	- 102,0	- 87,8
Leistungsbilanzsaldo Mrd. S	- 8,2	- 20,6	- 42,1	- 35,1	- 19,7
in % des BIP	- 0,4	- 0,9	- 1,8	- 1,4	- 0,8
Sekundärmarktrendite (Bund)					
in %	6,6	6,7	6,5	5,8	5,8
Verbraucherpreise	+ 3,6	+ 3,0	+ 2,3	+ 2,2	+ 1,9
Arbeitslosenquote ²⁾ in %	4,2	4,4	4,6	4,7	5,5
Unselbständig Beschäftigte ³⁾	- 0,3	+ 0,5	+ 0,1	- 0,2	- 0,6

¹⁾ Einschließlich Bergbau – ²⁾ In % der Erwerbspersonen (laut Mikrozensus) – ³⁾ Ohne Präsenzdiener und Bezieher von Karenzurlaubsgeld

wie Konsumentenstimmung günstig beeinflussen. In welchem Maße und Zeitraum solche positiven Effekte auftreten und den restriktiven Impulsen entgegenwirken werden, ist vorerst ungewiß. Dies ist daher ein erheblicher – positiver oder negativer – Risikofaktor der Prognose.

Unter den gleichen Vorzeichen steht die Budgetkonsolidierung in Österreich. Die Rückführung des Defizits des gesamten öffentlichen Haushalts auf 3% des Brutto-Inlandsproduktes (BIP) im Jahr 1997 – eine Grundannahme der Prognose – betrifft ein Volumen von rund 50 Mrd. S binnen zwei Jahren. Ein solches Sanierungsvorhaben ist anspruchsvoll, scheint aber – entschiedenes politisches Handeln sowie ein zumindest mäßiges Wachstum der Wirtschaft vorausgesetzt – unter Berücksichtigung der Kreislaufzusammenhänge erreichbar.

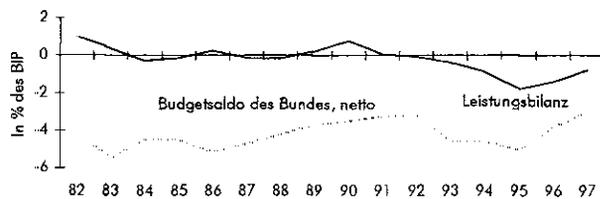
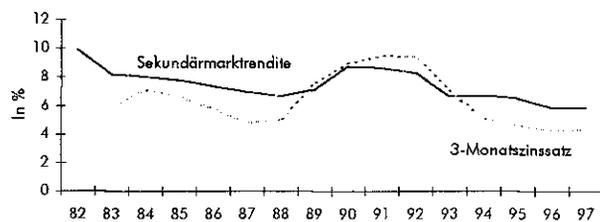
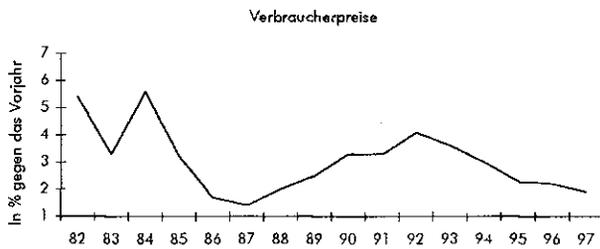
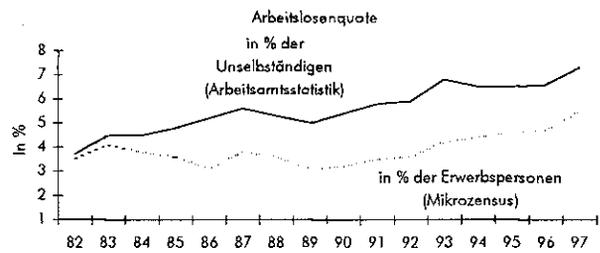
Die Einschränkung der öffentlichen Nachfrage wird zum einen Bauinvestitionen betreffen und die rezessiven Tendenzen in der Bauwirtschaft verstärken. Die Bauproduktion ist schon jetzt rückläufig und könnte bis 1997 im Jahresabstand um 3% schrumpfen. Einen weiteren Schwerpunkt werden Sparmaßnahmen im öffentlichen Personal- und Sachaufwand bilden. Dies kann entweder durch Zurückhaltung bzw. Moratorien in der Gehaltsentwicklung oder durch Verringerung des Personalstands – der starke Andrang zur Frühpension würde dies erleichtern – erreicht werden. 1997 könnte dadurch der öffentliche Konsum in realer Rechnung erstmals unter das Vorjahresniveau sinken. Schließlich erfordert das Konsolidierungsziel eine Dämpfung des Aufwands für Pensionen und andere soziale Transferleistungen sowie einen konsequenten Abbau bestehender

Wirtschaftspolitische Bestimmungsfaktoren

	1993	1994	1995	1996	1997
			Mrd S		
Budgetpolitik					
Budgetsaldo des Bundes netto ¹⁾	-98,2	-104,8	-118,0	-93,0	-76,0
			In % des BIP		
Budgetsaldo des Bundes, netto ¹⁾	-4,6	-4,6	-5,0	-3,8	-3,0
Finanzierungssaldo laut VGR¹⁾					
Bund	-4,7	-4,5	-4,7	-4,1	-2,7
Alle öffentlichen Haushalte	-4,3	-4,4	-5,4	-4,5	-3,0
			In %		
Geldpolitik					
Dreimonatszinssatz (MIBOR)	7,0	5,1	4,6	4,2	4,3
Sekundärmarktzinssatz (Bund)	6,6	6,7	6,5	5,8	5,8

¹⁾ 1995, 1996 und 1997 Schätzung

Wichtige Konjunkturindikatoren



Subventionen. Bei mäßiger Steigerung der Arbeitsentgelte könnte der Zuwachs der persönlich verfügbaren Einkommen real bis zum Jahr 1997 zum Stillstand kommen. Auf den verbleibenden Kaufkraftzuwachs werden die Haushalte zum Teil wohl mit einer Verringerung der bisher hohen Sparneigung reagieren, um die – kurzfristig wenig flexiblen – Konsumpläne zu finanzieren. Der private Verbrauch könnte so weiter, wenn auch verlangsamt steigen.

Wenn die Nachfrage im Inland künftig langsamer wächst, wird dies die Leistungsbilanz entlasten. Das Defizit von über 40 Mrd. S im Jahr 1995 könnte sich bis 1997 halbieren. Im Reiseverkehr flauen die ungünstigen Tendenzen ab, falls nicht neuerlich Wechselkurssprünge die Konkurrenzposition Österreichs gefährden. Mit der Steuerentlastung der Haushaltseinkommen ist aus Deutschland mit wieder steigender Nachfrage zu rechnen. Die Urlaubsausgaben der Österreicher werden weiter, wenngleich gedämpft zunehmen.

Die schwächere Binnennachfrage und vielfach unterausgelastete Produktionskapazitäten begünstigen eine neuerliche Verlangsamung des Preisauftriebs. Arbeitskräfteüberhang und Rationalisierung lassen kaum Lohnkostendruck aufkommen; der verschärfte internationale Wettbewerb drückt die Gewinnspannen. Die Inflationsrate wird bis Ende 1997 kaum über 2% steigen, eher sogar darunter liegen.

Das schleppende Wachstum der Produktion und sparsamerer Arbeitseinsatz – auch im Dienstleistungssektor – haben einen Rückgang der Beschäftigung zur Folge. Bis 1996 kann dies weitgehend durch den Abbau des Arbeitskräftepotentials durch Frühpensionen aufgefangen werden. Wenn im Zuge budgetärer Sparmaßnahmen diese Möglichkeit weniger attraktiv oder eingeschränkt wird, ist mit einem stärkeren Anstieg der konjunkturbedingten Arbeitslosigkeit zu rechnen. Im Durchschnitt 1997 könnte sich so die Arbeitslosenquote (gemäß internationaler Standarddefinition) auf 5½% erhöhen.

MÄSSIGES WIRTSCHAFTSWACHSTUM IM GESAMTEN OECD-RAUM

Nach dem Aufschwung im Vorjahr schwächte sich die Konjunktur 1995 im gesamten OECD-Raum ab¹⁾. Lediglich in den USA war dies beabsichtigt und eine Folge des schrittweise angehobenen Zinsniveaus. Eine inflationäre Überhitzung der Konjunktur ist mittlerweile ebenso nicht zu befürchten wie ein Abgleiten in die Rezession. Vielmehr scheint die Wirtschaft auf einen mäßigen, spannungsfreien Wachstumspfad eingeschwenkt zu sein. Die Geldpolitik hat Spielraum für weitere Lockerung, da die Fiskalpolitik leicht restriktiv wirkt: Auf mittlere Sicht soll der Staatshaushalt ausgeglichen werden.

In Japan hat sich die Wirtschaft selbst nach vier Jahren nicht aus ihrer hartnäckigen Stagnation gelöst. Alle Maßnahmen sowohl der Geld- als auch der Fiskalpolitik

¹⁾ Siehe Busch, G., „Mäßiges Wachstum bei hoher Preisstabilität. Internationale Konjunkturtendenzen und -perspektiven“, WIFO-Monatsberichte, 1995, 68f/12f

Annahmen über die internationale Konjunktur

	1993	1994	1995	1996	1997
	Veränderung gegen das Vorjahr in %				
Brutto-Inlandsprodukt real					
OECD insgesamt	+ 1,0	+ 2,9	+ 2,3	+ 2,3	+ 2,3
USA	+ 3,1	+ 4,1	+ 3,0	+ 2,5	+ 2,5
Japan	- 0,2	+ 0,5	+ 0,3	+ 1,8	+ 2,8
EU	- 0,6	+ 2,8	+ 2,5	+ 2,3	+ 2,0
Deutschland	- 1,1	+ 2,9	+ 2,0	+ 2,0	+ 1,8
Osteuropa	+ 0,7	+ 3,6	+ 4,5	+ 4,5	+ 4,3
Welthandel real	+ 3,6	+ 10,3	+ 9,3	+ 8,0	+ 7,8
Marktwachstum ¹⁾ Österreichs	- 2,5	+ 7,0	+ 8,0	+ 6,0	+ 5,8
Weltmarkt-Rohstoffpreis ²⁾					
Insgesamt	- 9,9	+ 2,0	+ 10,0	+ 2,0	+ 1,0
Ohne Rohöl	- 8,1	+ 16,0	+ 13,0	+ 2,0	+ 1,0
Erdölpreis ³⁾ \$ je Barrel	16,4	15,6	17,3	17,2	17,6
Wechselkurs S je \$	11,63	11,42	10,20	11,10	11,30

¹⁾ Reales Importwachstum der Partnerländer gewichtet mit österreichischen Exportanteilen
²⁾ HWWA-Index, Dollarbasis - ³⁾ Durchschnittlicher Importpreis der OECD (oil)

– über deren tatsächliches Ausmaß freilich Zweifel bestehen – blieben bisher erfolglos. Inzwischen beträgt der Diskontsatz nur noch ½%, der Staatshaushalt scheint mit weiteren Ausgabenprogrammen zur Stimulierung der Konjunktur überfordert. Die Hoffnungen richten sich darauf, daß die Liquiditätskrise im Finanzsektor – zum Teil mit Hilfe öffentlicher Zuschüsse – endlich überwunden werden kann und sich in der Folge, gestützt auch durch den jüngsten Abwärtstrend des Yen, die Geschäftsaussichten der Unternehmen wie auch die Konsumentenstimmung bessern.

Am meisten enttäuschte das frühzeitige Ende des Konjunkturaufschwungs in Westeuropa. Das Auslaufen des Lageraufbaus spielte hier ebenso eine Rolle wie die Abwertung des Dollars und der südeuropäischen Währungen im Frühjahr, die in den Hartwährungsändern die Exportchancen beeinträchtigte und in den Weichwährungsändern Zinssteigerungen auslöste. Hohe Lohnsteigerungen trübten in Deutschland zusätzlich die Ertragsaussichten der Exportwirtschaft und schwächten in der Folge die Investitionsneigung. Dennoch scheint damit die ungünstige Entwicklung nicht vollständig geklärt.

Anfang 1996 treten in Deutschland Steuersenkungen in Kraft. Sie sollten dem seit Jahren schleppenden Wachstum des privaten Verbrauchs Impulse geben, die über höhere Importe auch auf die Nachbarländer ausstrahlen werden. Hingegen ist in vielen anderen EU-Ländern die Fiskalpolitik im Hinblick auf den Terminplan der Währungsunion restriktiv eingestellt. Kurzfristig werden die hievon ausgehenden Entzugseffekte über Multiplikatorwirkungen die Gesamtnachfrage dämpfen. Das Wirtschaftswachstum dürfte sich in der EU daher 1997 eher noch verlangsamen. Andererseits eröffnet die Konsolidierung der Staatsfinanzen bessere Aussichten auf dauerhaft niedrigere Zinsen, stabile Preise sowie geringere Steuerlasten und kann insofern positive Erwartungen bei Unternehmen und Haushalten auslösen. Wie weit diese bereits innerhalb des Prognosezeitraums den

restriktiven Impulsen entgegenwirken können, bleibt abzuwarten.

ZINSEN GEBEN WEITER NACH

Die Abschwächung der Konjunktur, das Nachlassen des Preisaufretriebs und das schwache Wachstum der Geldmenge M3 veranlaßten die Deutsche Bundesbank am 14. Dezember 1995 zu einer weiteren deutlichen Zurücknahme der Leitzinsen um jeweils ½ Prozentpunkt. Der Diskontsatz beträgt nunmehr 3%, der Lombardsatz 5%. Andere europäische Notenbanken schlossen sich mit ähnlichen Schritten an. Weitere Zinssenkungen könnten im Jahresverlauf 1996 folgen, wenn die Konjunktur kraftlos bleibt, die Inflationsraten weiter sinken und die Konsolidierung der öffentlichen Haushalte Fortschritte macht.

Auch in den USA hat die Geldpolitik Spielraum für eine weitere Lockerung gewonnen, nachdem die Inflations Sorgen für längere Zeit zerstreut wurden und sich ein politischer Konsens über den mittelfristigen Budgetausgleich abzeichnet. Die bisherige Prognose eines allmählich steigenden Dollarkurses scheint durch die jüngste Entwicklung bestätigt.

Die langfristigen Zinsen dürften in den USA wie in Europa über den gesamten Prognosezeitraum fallen. In Österreich werden sich die kurzfristigen wie die langfristigen Zinsen weiterhin eng an den deutschen Sätzen orientieren. Mitte Dezember besteht für 10jährige Bundesanleihen jedoch eine Zinsdifferenz von knapp ½ Prozentpunkt, die tendenziell auch 1996 gelten dürfte.

Der effektive Wechselkurs des Schillings erhöhte sich im Zuge der Währungsturbulenzen vom Frühjahr 1995 markant. Unter der Annahme, daß im Prozeß des Übergangs zur Eurowährung keine neuerlichen Spekulationswellen auftreten – sie könnten schwerlich in einer Konjunkturprognose berücksichtigt werden –, wird sich der Aufwertungseffekt über die nächsten zwei Jahre, wenn auch nicht vollständig, zurückbilden.

EXPORT BLEIBT WACHSTUMSSTÜTZE

Der Warenexport entwickelte sich – soweit dies anhand der spärlichen Informationen beurteilt werden kann – bis zum Spätsommer dynamisch. Erst im September fielen die Zahlungseingänge für Warenlieferungen unter das Vorjahresniveau; teilweise war dies allerdings durch einen Kalendereffekt bedingt. In den ersten drei Quartalen übertrafen die Zahlungseingänge das Ergebnis von 1994 nominell um 11¼%.

Bisher profitierten Österreichs Exporteure stark von Integrationseffekten im europäischen Binnenmarkt und vom Lageraufbau nach der Rezession 1993. Diese Vorteile klingen nunmehr ab. Gleichzeitig dürften die zuvor kaum spürbaren Konkurrenz Nachteile aus den Wechsel-

Entwicklung der Nachfrage

	1995	1996	1997	1995	1996	1997
	Mrd S			Veränderung gegen das Vorjahr in %		
<i>Real (zu Preisen von 1983)</i>						
Privater Konsum	921,9	935,7	945,0	+ 2,2	+ 1,5	+ 1,0
Öffentlicher Konsum	271,4	272,8	271,4	+ 1,5	+ 0,5	- 0,5
Brutto-Anlageinvestitionen	432,1	444,9	449,7	+ 3,5	+ 3,0	+ 1,1
Ausrüstungen (netto) ¹⁾	172,6	184,7	194,0	+ 7,0	+ 7,0	+ 5,0
Bauten (netto) ¹⁾	234,2	234,2	229,5	+ 1,0	± 0,0	- 2,0
Lagerbewegung und Statistische Differenz	33,6	31,4	27,2			
Verfügbares Güter- und Leistungsvolumen	1.658,9	1.684,8	1.693,4	+ 2,8	+ 1,6	+ 0,5
Plus Exporte i w S ²⁾	784,9	820,4	861,6	+ 6,9	+ 4,5	+ 5,0
Reiseverkehr	99,2	97,2	99,2	- 5,0	- 2,0	+ 2,0
Minus Importe i w S ³⁾	842,0	877,2	908,2	+ 7,9	+ 4,2	+ 3,5
Reiseverkehr	92,3	97,9	100,8	+ 11,0	+ 6,0	+ 3,0
Brutto-Inlandsprodukt	1.601,9	1.628,0	1.646,8	+ 2,1	+ 1,6	+ 1,2
Nominal	2.360,1	2.449,4	2.516,7	+ 4,3	+ 3,8	+ 2,7

¹⁾ Ohne Mehrwertsteuer – ²⁾ Ohne Transitverkehr (einschließlich Transitsaldo) – ³⁾ Ohne Transitverkehr

kursverschiebungen vom Frühjahr wirksam werden. Andererseits wird die aufgrund von Steuersenkungen verstärkte Konsumnachfrage in Deutschland auch den Import anregen. Bei anhaltend niedrigen Zinsen und weitgehend stabilen Unternehmenserträgen sollten auch die Ausrüstungsinvestitionen in Westeuropa weiter expandieren. Die hohe Aufnahmefähigkeit der Nicht-OECD-Märkte scheint ungebrochen. Allerdings wird die schwächere Konjunktur in Westeuropa ihre Spuren auch im Wachstumstempo Ost-Mitteleuropas hinterlassen. Vor allem Ungarn, Österreichs wichtigster Ostmarkt, hat mit Ungleichgewichten in Zahlungsbilanz und Staatshaushalt zu kämpfen.

Bei einem errechneten Marktwachstum von jeweils real 6% pro Jahr sollte es Österreichs Exporteuren gelingen, per Saldo ihre Marktposition zu behaupten, falls nicht neuerlich gravierende Wechselkursänderungen die Konkurrenzfähigkeit belasten.

EINBUSSEN IM REISEVERKEHR KLINGEN AB

Die abgelaufene Sommersaison brachte Österreichs Tourismuswirtschaft den erwarteten deutlichen Rückgang der Nachfrage. Die Zahl der Nächtigungen ausländischer Gäste unterschritt das Vorjahresniveau um etwa 7½%, mehr noch als im Sommer 1994. Aufgrund der wechselkursbedingten Verteuerung blieben vor allem Besucher aus Großbritannien und Italien aus. Aus der Schweiz kamen etwa ebenso viele – zumeist relativ kaufkräftige – Gäste wie im Vorjahr. Dagegen erhöhte sich die Zahl der Nächtigungen von Touristen aus Osteuropa um 5½%. Gemessen an den insgesamt deutlich rückläufigen Nächtigungen entwickelten sich die Einnahmen eher besser als befürchtet: Bereinigt um Preissteigerungen sank der Tourismusumsatz im Jahresabstand um 2½%.

Privater Konsum

	1993	1994	1995	1996	1997
	Veränderung gegen das Vorjahr in %, real				
Privater Konsum	+ 0,7	+ 2,5	+ 2,2	+ 1,5	+ 1,0
Dauerhafte Konsumgüter	- 4,0	+ 0,9	+ 2,0	+ 1,0	- 1,0
Nichtdauerhafte Konsumgüter und Dienstleistungen	+ 1,4	+ 2,8	+ 2,2	+ 1,6	+ 1,3
Netto-Masseneinkommen	+ 2,3	+ 1,7	+ 1,1	+ 0,8	+ 0,2
Verfügbares persönliches Einkommen	+ 0,3	+ 4,1	+ 1,8	+ 0,6	+ 0,1
Sparquote, in % des verfügbaren Einkommens	12,2	13,6	13,2	12,4	11,6

Unter der Annahme stabiler Wechselkurse sollte die reale Auslandsnachfrage im Tourismus 1996 nicht mehr so stark nachgeben wie bisher, im darauffolgenden Jahr könnte sie erstmals nach sechs Jahren wieder steigen. In Deutschland, dem wichtigsten Herkunftsland, werden die höheren und steuerlich entlasteten Einkommen teilweise auch zu höheren Urlaubsausgaben genutzt werden. Die in der Krise getroffenen Maßnahmen zur Verbesserung der Qualität des Freizeitangebotes und zur Erschließung neuer, kaufkräftiger Nachfrage sollten erste Erfolge zeitigen.

KONSUM WÄCHST TROTZ SINKENDER SPARQUOTE LANGSAMER

In den ersten drei Quartalen 1995 gaben die Österreicher preisbereinigt um fast 2¼% mehr für Konsumgüter aus als im Vorjahr. Überdurchschnittlich stiegen die Käufe langlebiger Güter, nachdem sie 1994 in Erwartung einer Verbilligung nach dem EU-Beitritt teilweise aufgeschoben worden waren. Ein überraschend großer Teil der Waren wurde direkt im Ausland gekauft; Anreiz hierfür boten einerseits Wechselkursveränderungen, andererseits günstigere Einkaufsmöglichkeiten nach dem Wegfall der Grenzkontrollen. Der inländische Einzelhandel konnte dagegen seinen Umsatz real kaum steigern. Erste Meldungen über den Verlauf des Weihnachtsgeschäfts deuten keine wesentliche Trendänderung an²⁾. Im Jahresdurchschnitt 1995 dürfte der private Konsum, wie bisher angenommen, um 2¼% gestiegen sein.

Bei nachlassender Konjunktur werden sich die Einkommenszuwächse verringern, vor allem die sozialen Transferleistungen werden im Zuge der notwendigen raschen Budgetkonsolidierung kaum steigen, teilweise auch gekürzt werden. 1996 werden daher sowohl die Netto-Masseneinkommen als auch die verfügbaren persönlichen Einkommen nur schwach zunehmen, 1997 stagnieren. Erfahrungsgemäß passen die Haushalte ihre Konsumpläne an eine veränderte Einkommenslage nur mit

²⁾ Siehe Wüger, M., „Trotz günstiger Konsumententwicklung mäßige Steigerung der Einzelhandelsumsätze. Weihnachtsgeschäft eher flau“, WIFO-Monatsberichte, 1995, 68(12)

Verzögerung an. Das Konsumwachstum wird sich daher zwar abschwächen – auf 1% im Jahresdurchschnitt 1997 –, teilweise aber zu Lasten des bisher recht hohen Sparens erfolgen. Über die nächsten zwei Jahre sinkt die private Sparquote voraussichtlich um mehr als 1½ Prozentpunkte auf rund 11½%.

ROBUSTE INVESTITIONSKONJUNKTUR IM PRIVATEN SEKTOR

Schon 1994, relativ früh im Konjunkturaufschwung, hatte sich die Investitionstätigkeit der Unternehmen kräftig belebt. Der Aufwand für Maschinen und Ausrüstungen stieg preisbereinigt um fast 9%. 1995 scheint – die Datenbasis gibt hierfür nur wenig genaue Hinweise – die

Sinkende Zinsen und kaum geschmälerter Unternehmensgewinne sollten der bislang recht robusten Investitionskonjunktur auch bei verhaltenen Nachfrageperspektiven Rückhalt geben.

Investitionsneigung kaum an Schwung verloren zu haben, obwohl sich das Konjunkturbild und auch die Erwartungen der Unternehmen trübten. In der Industrie dürften jedoch manche Projekte aufgeschoben worden sein: Laut dem WIFO-Investitionstest von Ende Oktober wurden die Investitionsvorhaben seit dem Frühjahr um (nomine!) 6% gekürzt; die ersten Investitionspläne für 1996 ergeben jedoch einen Anstieg gegenüber 1995 um ein Fünftel.

Trotz vielfach nicht voll ausgelasteter Produktionskapazitäten gibt es offenbar gewichtige Motive für die Erneuerung oder Erweiterung des Kapitalbestands: Änderung der Produktpalette angesichts steigender Importkonkurrenz für Hersteller von Gütern mit niedrigem Verarbeitungsgrad, neue Chancen und Herausforderungen auf dem europäischen Binnenmarkt, schärferer Wettbewerbsdruck und der Zwang zu Rationalisierung. Steigende Unternehmenserträge im frühen Konjunkturaufschwung, Steuerentlastungen und sinkende Fremdfinanzierungskosten haben überdies günstige Rahmenbedingungen für Investitionen geschaffen. Diese Situation bleibt auch in den nächsten Jahren aufrecht. Die private Investitionstätigkeit sollte daher wie in vielen anderen OECD-Ländern der insgesamt schwachen Konjunktur eine verlässliche Stütze bieten.

BAUWIRTSCHAFT GERÄT IN DIE REZESSION

Nach sieben Jahren reger Bautätigkeit mit zum Teil hohen Wachstumsraten sank die Bauleistung bereits Anfang 1995 unter das Vorjahresniveau; dafür waren freilich in erster Linie schlechte Wetterbedingungen maß-

Entwicklung der realen Wertschöpfung

	1995	1996	1997	1995	1996	1997
	Zu Preisen von 1983 in Mrd. S			Veränderung gegen das Vorjahr in %		
Sachgüterproduktion und Bergbau	443,8	455,4	464,5	+4,3	+2,6	+2,0
Industrie und Bergbau	334,6	342,9	349,8	+4,5	+2,5	+2,0
Gewerbe	109,2	112,5	114,8	+3,5	+3,0	+2,0
Energie- und Wasserversorgung	54,1	54,8	55,6	+3,3	+1,3	+1,5
Bauwesen	123,1	121,9	118,2	±0,0	-1,0	-3,0
Handel ¹⁾	266,4	268,7	271,3	+0,3	+0,8	+1,0
Verkehr und Nachrichtenübermittlung	114,0	116,9	119,2	+3,0	+2,5	+2,0
Vermögensverwaltung ²⁾	237,2	243,2	248,0	+2,5	+2,5	+2,0
Sonstige private Dienste ³⁾	74,4	76,2	77,7	+2,5	+2,5	+2,0
Öffentlicher Dienst	195,8	196,8	197,8	+0,5	+0,5	+0,5
Wertschöpfung ohne Land- und Forstwirtschaft	1 508,9	1 533,8	1 552,5	+2,2	+1,7	+1,2
Land- und Forstwirtschaft	43,3	43,8	43,8	-3,0	+1,0	±0,0
Wertschöpfung der Wirtschaftsbereiche ⁴⁾	1 552,2	1 577,6	1 596,3	+2,1	+1,6	+1,2
Brutto-Inlandsprodukt	1 601,9	1 628,0	1 646,8	+2,1	+1,6	+1,2

¹⁾ Einschließlich Beherbergungs- und Gaststättenwesen – ²⁾ Banken und Versicherungen, Realitätenwesen sowie Rechts- und Wirtschaftsdienste. – ³⁾ Sonstige Dienste, private Dienste ohne Erwerbscharakter und häusliche Dienste – ⁴⁾ Vor Abzug der imputierten Bankdienstleistungen und vor Zurechnung der Importabgaben und der Mehrwertsteuer

gebend. Nach einer vorübergehenden Erholung im Frühjahr stagniert nun die Bautätigkeit auf dem Vorjahresniveau. Sinkende Auftragseingänge signalisieren jedoch für 1996 einen Rückgang. Eine Trendumkehr ist selbst 1997 nicht in Sicht, vielmehr wird die Wertschöpfung um bis zu 3% schrumpfen.

Bis zuletzt blieb der Wohnbau der Motor der Baukonjunktur. Die Zahl der fertiggestellten Wohnungen erreichte mit voraussichtlich über 50 000 im Jahr 1995 einen neuen Höchstwert in diesem Jahrzehnt. Nunmehr scheint aber der zurückgestaute Bedarf befriedigt – vor allem in den oberen Preisklassen –, die hohen Wohnungskosten bewirken bereits ein Überangebot. Zudem steht im Zuge der Budgetsparmaßnahmen eine Kürzung der Wohnbauförderung zur Diskussion. 1996 wird die Ausführung der bereits bewilligten Projekte noch eine geringfügige Steigerung der Bauleistung ermöglichen, danach wird sie rückläufig sein.

Noch gravierender wird sich die Kürzung öffentlicher Aufträge im Tiefbau auswirken. Bereits 1995 schränkte nicht nur der Bund, sondern auch die nachgeordneten Gebietskörperschaften die Investitionen in die Infrastruktur ein; durch das vorzeitige Ende der Legislaturperiode wurden andere Vorhaben, etwa im Rahmen des Wasserwirtschaftsfonds, zumindest verzögert. Das Investitionsvolumen für die ÖBB wurde 1995 um 2½ Mrd. S auf 4½ Mrd. S gekürzt, das künftige Finanzierungsvolumen der Straßenbausondergesellschaften ist ungewiß. Auch die Rahmenbedingungen für die an Bedeutung gewinnenden privaten Finanzierungsformen für Straße und Schiene (road pricing, Konzessionsmodelle usw.) sind in der Schwebe.

Besser sollte sich der weniger konjunkturabhängige Renovierungsbau entwickeln. Auch der private Industrie-

und Gewerbebau sollte 1996 seinen Tiefpunkt überwinden. In Wien wird die Errichtung der Donaucity mit Büro- und Verwaltungsgebäuden Impulse geben.

LEISTUNGSBILANZDEFIZIT NIMMT AB

Trotz der kräftigen Steigerung des Warenexports erreichte das Leistungsbilanzdefizit mit voraussichtlich über 40 Mrd. S im Jahr 1995 einen Höchststand. Der massive Rückgang des Überschusses im Reiseverkehr – zu dem weniger die schwächere Nachfrage aus dem

Wenn die Nachfrage im Inland künftig langsamer wächst, wird dies die Leistungsbilanz entlasten. Das Defizit von über 40 Mrd. S 1995 könnte sich binnen zwei Jahren halbieren.

Ausland als die stark gestiegenen Ausgaben der Inländer für Urlaubsreisen und Warenkäufe jenseits der Grenze beitrugen – und die erstmals zu leistenden Zahlungen Österreichs an den EU-Haushalt waren die wichtigsten Ursachen der Verschlechterung. Nunmehr scheint der Höhepunkt der Passivierung erreicht, die Tendenz sollte sich in den nächsten Jahren umkehren.

Die Konsolidierungsbemühungen der Gebietskörperschaften werden die Nachfrage im Inland drosseln, der Zuwachs der realen verfügbaren Haushaltseinkommen kommt vorläufig zum Stillstand. Dies dürfte die relativ einkommenselastischen Ausgaben für Fernreisen dämpfen, auch die Warendirektimporte sollten nach dem unmittelbaren Effekt des EU-Beitritts (Wegfall der Grenzkontrollen) abebben – vorausgesetzt, die Wechselkurse bleiben einigermaßen stabil. Im Inland wird sich der Einzelhandel verstärkt bemühen, durch Preiskonkessionen und Qualitätssteigerung Kunden zurückzugewinnen und den Kaufkraftabfluß einzudämmen. Dennoch geht die Prognose davon aus, daß die dem Reiseverkehr zugeordneten Ausgaben für Importe weiter steigen, wenn auch vermindert. Andererseits sollten die höheren und steuerlich entlasteten privaten Einkommen in Deutschland Österreichs Export – im Warenhandel wie im Reiseverkehr – zugute kommen.

Treffen die Annahmen der Prognose zu, so wird sich das Leistungsbilanzdefizit binnen zwei Jahren halbieren und 1997 mit knapp 20 Mrd. S wieder unter die Schwelle von 1% des BIP sinken.

ANHALTEND HOHE PREISSTABILITÄT

Die preisdämpfenden Effekte des EU-Beitritts werden nach und nach stärker wirksam. Hatten sich in den ersten Monaten des Jahres 1995 vor allem Nahrungsmittel verbilligt, so dämpften im Sommer Preisnachlässe für

Arbeitsmarkt

	1993	1994	1995	1996	1997	
	Veränderung gegen das Vorjahr in 1.000					
<i>Nachfrage nach Arbeitskräften</i>						
Unselbständig Beschäftigte ¹⁾	- 7,9	+ 15,8	+ 2,0	- 7,0	- 18,0	
Veränderung gegen das Vorjahr	in %					
Ausländer	+ 2,0	+ 13,5	+ 10,0	+ 3,0	± 0,0	
Unselbständig und selbständig Erwerbstätige	- 8,4	+ 7,7	- 7,0	- 14,0	- 25,0	
<i>Angebot an Arbeitskräften</i>						
Erwerbspersonen im Inland	+ 20,8	+ 0,4	- 7,0	- 11,5	- 1,0	
Ausländer	+ 7,1	+ 11,9	+ 8,0	+ 4,5	+ 3,0	
Wanderung von Inländern	+ 2,5	+ 1,5	+ 4,0	+ 2,4	± 0,0	
Inländer	+ 11,2	- 13,0	- 19,0	- 18,4	- 4,0	
<i>Überschuß an Arbeitskräften</i>						
Vorgemerkte Arbeitslose ²⁾	+ 29,2	- 7,3	± 0,0	+ 2,5	+ 24,0	
Stand	in 1.000	222,3	214,9	214,9	217,4	241,4
<i>Arbeitslosenquote</i>						
in % der Unselbständigen ²⁾		6,8	6,5	6,5	6,6	7,3
in % der Erwerbspersonen ²⁾		4,2	4,4	4,6	4,7	5,5

¹⁾ Ohne Präsenzdienster und Bezieher von Karenzurlaubsgeld – ²⁾ Banken und Versicherungen, Realitätenwesen sowie Rechts- und Wirtschaftsdienste – ³⁾ laut Mikrozensus

Bekleidung und Schuhe die Inflationsrate. Auch die Teuerung anderer industriell-gewerblicher Waren ließ infolge abflauernder Nachfrage und schärferen Wettbewerbs nach. Sie betrug in dieser Warengruppe im Durchschnitt von August bis Oktober im Jahresabstand nur noch ½%. Niedrige Saisonwarenpreise trugen ebenso dazu bei, daß im Oktober die Inflationsrate – erstmals seit fast sieben Jahren – unter die Marke von 2% fiel.

1996 kann kaum mit einer weiteren Verlangsamung des Preisauftriebs gerechnet werden. Der Effekt einer Verbilligung von Nahrungsmitteln nach dem EU-Beitritt klingt ab, doch sollte er andererseits nunmehr in bezug auf Industriewaren und schließlich auch auf Dienstleistungen stärker zum Tragen kommen. Von allen Aufwendungen werden sich wohl auch 1996 Mieten am stärksten verteuern. Öffentliche Gebühren und Tarife könnten im Zuge der Maßnahmen zur Verringerung der Budgetdefizite stärker als zuletzt angehoben werden. Andererseits werden der schwache Kaufkraftzuwachs und die nachlassende Konsumnachfrage eine Erhöhung der Preise vieler Güter erschweren. 1997 könnte so die Inflationsrate selbst im Jahresdurchschnitt unter 2% sinken.

SINKENDE BESCHÄFTIGUNG – ARBEITSLOSENQUOTE STEIGT ÜBER 5%

Ebenso rasch wie auf den jüngsten Konjunkturaufschwung reagierte die Beschäftigung auf das Nachlassen der Wachstumskräfte. Seit dem Frühjahr 1995 ist sie saisonbereinigt rückläufig, seit dem Spätsommer unterschreitet sie immer deutlicher das Vorjahresniveau. Nicht nur bauen Industrie und Bauwirtschaft nunmehr wieder Personal ab, auch im Dienstleistungssektor werden – entgegen dem bisherigen Trend – per Saldo kaum zusätzliche Arbeitskräfte benötigt.

Produktivität

	1993	1994	1995	1996	1997
	Veränderung gegen das Vorjahr in %				
Brutto-Inlandsprodukt real	+0,4	+3,0	+2,1	+1,6	+1,2
Erwerbstätige ¹⁾	-0,5	+0,1	-0,1	-0,4	-0,7
Produktivität (BIP je Erwerbstätigen)	+0,9	+3,0	+2,2	+2,0	+1,9
Industrieproduktion ²⁾	-2,6	+5,5	+4,5	+2,5	+2,0
Industriebeschäftigte	-6,5	-3,6	-0,5	-1,5	-2,0
Stundenproduktivität in der Industrie ³⁾	+4,4	+8,1	+5,0	+4,0	+4,0
Geleistete Arbeitszeit je Industriearbeiter	-0,2	+1,2	±0,0	±0,0	±0,0

¹⁾ Unselbständige und Selbständige laut Volkswirtschaftlicher Gesamtrechnung – ²⁾ Laut Produktionsindex lohne Energieversorgung kalendermonatlich – ³⁾ Produktion je geleistete Arbeiterstunde

Löhne, Wettbewerbsfähigkeit

	1993	1994	1995	1996	1997
	Veränderung gegen das Vorjahr in %				
Bruttoverdienste je Arbeitnehmer	+4,2	+3,1	+3,8	+3,3	+2,7
Realeinkommen je Arbeitnehmer					
Brutto	+0,7	+0,1	+1,5	+1,1	+0,8
Netto	-0,6	+0,6	+0,7	+0,3	±0,0
Netto-Masseneinkommen, nominell	+5,7	+4,8	+3,4	+3,0	+2,1
Lohnstückkosten Gesamtwirtschaft	+3,8	+0,5	+1,9	+1,5	+0,9
Effektiver Wechselkurs					
Real	+2,7	+0,9	+3,1	-1,6	-0,9
Industriewaren	+2,7	+0,7	+2,6	-1,2	-0,8
Nominell	+2,9	+1,2	+3,9	-0,8	+0,2
Industriewaren	+2,7	+0,6	+3,1	-0,7	+0,1

Mit steigender Wettbewerbsintensität, anhaltendem Lohnkostenauftrieb und schärferen Budgetrestriktionen werden Produktivitätsreserven – bis hin zum öffentlichen Sektor – auch kurzfristig ausgeschöpft. blieb bisher die Beschäftigung über den Konjunkturzyklus vergleichsweise

Bisher blieb die Beschäftigung über den Konjunkturzyklus relativ stabil, während die Produktivität schwankte. Nun kehrt sich dieses Verhältnis tendenziell um: Das Produktivitätswachstum verstetigt sich, die Beschäftigung fluktuiert stärker.

stabil, während der Auslastungsgrad bzw. die Arbeitsproduktivität schwankte, so kehrt sich dieses Verhältnis nun tendenziell um: Das Produktivitätswachstum verstetigt sich, die Beschäftigung fluktuiert stärker. Mit weiter abflachendem Produktionswachstum wird sich demnach der Beschäftigungsabbau fortsetzen und gegen Ende des Prognosezeitraums beschleunigen. Innerhalb von zwei Jahren würden dadurch etwa 25 000 Arbeitsplätze – 3/4% des gesamten Bestands – verlorengehen. Der beabsichtigte Personalabbau im öffentlichen Sektor (über den natürlichen Abgang) trägt zu dieser Entwicklung maßgeblich bei.

Der Rückgang der Beschäftigung bewirkte bisher nur einen geringen Anstieg der Arbeitslosigkeit, da über die sinkende Erwerbsbeteiligung – vor allem die steigende Zahl der Frühpensionen – das Arbeitskräftepotential deutlich entlastet wurde. Dies dürfte auch 1996 gelten, 1997 aber voraussichtlich in viel geringerem Maße, wenn – wie beabsichtigt – der Zugang bzw. die Höhe der Frühpensionen eingeschränkt wird. Daher wird die Arbeitslosenquote (nach OECD-Definition) 1996 voraussichtlich nur unerheblich, 1997 jedoch stärker – auf 5 1/2% – steigen.

SCHWÄCHERER LOHNAUFTRIEB

In den konjunkturreaktiven Wirtschaftssektoren haben die ungünstigeren Aussichten für Produktion und Beschäftigung bereits den Anstieg der Arbeitsverdienste verlangsamt. So erhöhten sich die Monatsverdienste in der Industrie gegenüber dem Vorjahr nach +5% im 1. Halbjahr im III. Quartal um weniger als 4 1/2%. Eine ähnliche Tendenz war in der Bauwirtschaft zu beobachten.

In den nächsten zwei Jahren ist mit einer weiteren Dämpfung des Lohnauftriebs zu rechnen. Zwar entsprechen die jüngsten Tarifabschlüsse der Industriearbeiter für 1996 weitgehend jenen des Vorjahres. Niedrigere Vereinbarungen für den Handel sowie für die Nahrungsmittelindustrie signalisieren jedoch für künftige Abschlüsse einen gewissen Spielraum je nach Auslastung und Ertragslage. Darüber hinaus ist angesichts der trüben Beschäftigungsaussichten eher mit negativer Lohndrift zu rechnen, besonders in der Bauwirtschaft. Im öffentlichen Dienst kommt durch die längere Geltung der laufenden Gehaltsvereinbarung – über 15 Monate bis Ende März 1996 – ein Basiseffekt zum Tragen, der folgende Abschluß wird ganz im Zeichen des Budgetsparkurses stehen.

Die Bruttoverdienste je Arbeitnehmer werden 1996 voraussichtlich um 3 1/4% und 1997 um 2 1/4% zunehmen. Rationalisierungsanstrengungen in vielen Wirtschaftsbereichen dürften verhindern, daß sich das Produktivitätswachstum ähnlich verlangsamt wie in früheren Phasen des Konjunkturabschwungs. Die Lohnstückkosten sollten daher nur geringfügig steigen, Österreichs Wettbewerbsposition dürfte sich – unter der Annahme stabiler Wechselkurse – eher verbessern.

Abgeschlossen am 20. Dezember 1995

GEORG BUSCH

■ BUSINESS SCENARIO SHAPED BY EUROPE-WIDE FISCAL RETRENCHMENT

ECONOMIC OUTLOOK FOR 1996 AND 1997

Under the impact of slackening foreign demand, economic growth in Austria is losing momentum. Efforts to reduce budget deficits, which, by postponement, have become more urgent and subject to a severe time constraint are likely to imply a weakening of activity over the next two years. Even if a recession should be avoided, unemployment may rise further. Subdued demand prospects will, on the other hand, ensure high price stability and improve the current external account.

Exports and industrial output in Austria have been on a falling trend since mid-1995; the cyclical downturn presaged by leading indicators is now under way. Business confidence has again weakened in fall, according to the latest WIFO survey. After an extended period of expansion, construction activity has dropped rather sharply, and tourism demand receded throughout the summer season. Real gross domestic product (GDP) in 1995 may have increased by little more than 2 percent.

The decline in foreign demand is expected to continue into early 1996. Inventories are being trimmed, private household demand is generally lacking strength; moreover, the effects of last spring's marked exchange rate shifts have not yet fully materialized. On the other hand, a general tax cut should boost private consumption in Germany; the demand push, held back over several years, will also extend to neighboring countries via foreign trade and travel flows. With interest rates falling over most of the projection period and corporate profits holding up well, business investment should remain robust, thereby resisting the uncertain final demand outlook.

At the same time, fiscal restriction in most countries carries new risks for the business cycle in Europe. The majority of EU member states, while making some progress in cutting deficits, are still substantially away from fulfilling the entry conditions for Stage Three of the European Monetary Union (EMU). Yet, strict compliance with the „Maastricht criteria“ is not only a necessary condition for stability and strength of the future European currency; it is also in the very interest of each individual country, in order to ensure a minimum of confidence in

All members of the Austrian Institute of Economic Research contribute to the Economic Outlook.

economic policy and of room for maneuver in government budgets. Reestablishing sound fiscal policies, while constituting a basic requirement for sustained growth of income and employment, will nevertheless imply short-term reductions in public and private demand, transmitted and reinforced via international linkages

Lower budget deficits, i. e., a weakening of public sector claims on capital markets, will increase the scope for further cuts in interest rates and thus for higher private demand. Prospects of low interest rates, high price stability and a ceiling being set for the tax burden may in its turn boost investor and consumer confidence. To what extent and by what time such positive effects will materialize and may actually offset the restrictive first-round impact of consolidation, is still uncertain. In this regard, the projections are therefore subject to a sizable margin of – positive or negative – risk

Similar considerations apply to the consolidation process in Austria. Cutting the general government deficit to 3 percent of GDP by 1997 – a pivotal assumption of the projection – implies a decline in its absolute level by over Sch 50 billion within two years. Such a task is ambitious, but appears achievable in the macro-economic context, provided determined political action and the absence of a recession

Cuts in public spending will affect all major categories: as far as infrastructure is concerned, fewer public orders will reinforce the beginning recession in the construction industry, where output volume may fall by 3 percent year-on-year by 1997. Current purchases of goods and services may be moderated via personnel costs – through wage restraint or personnel reduction. Thus, for the first time ever, public consumption may actually decline in volume in 1997. Finally, reaching the deficit target will require a slower pace in the expansion of pension and other social transfer expenditures as well as further cuts in subsidies. Hence, while wages and salaries should continue rising moderately, the advance in real disposable income may level off. Households will in part try to avoid stagnation in personal living standards by lower saving, such that consumer expenditure may still rise, albeit more slowly

Slackening domestic demand should improve the current external account. The deficit of over Sch 40 billion may be cut in half by 1997. Adverse trends in tourism

Main results

	1992	1993	1994	1995	1996	1997
	Percentage changes					
GDP						
In real terms	+ 20	+ 04	+ 30	+ 21	+ 16	+ 12
In nominal terms	+ 63	+ 38	+ 65	+ 43	+ 38	+ 27
Private consumption	+ 28	+ 07	+ 25	+ 22	+ 15	+ 10
Gross fixed investment	+ 17	– 16	+ 68	+ 35	+ 30	+ 11
Machinery and equipment	– 36	– 82	+ 88	+ 70	+ 70	+ 50
Construction	+ 58	+ 29	+ 56	+ 10	± 00	– 20
Exports of goods						
In real terms	+ 26	– 34	+ 87	+ 85	+ 60	+ 60
In nominal terms	+ 18	– 42	+ 97	+ 96	+ 71	+ 71
Imports of goods						
In real terms	+ 12	– 44	+ 103	+ 70	+ 40	+ 35
In nominal terms	+ 03	– 49	+ 113	+ 75	+ 40	+ 40
Trade balance (billion ASI)	– 106.4	– 97.7	– 116.4	– 114.6	– 102.0	– 87.8
Current balance (billion ASI)	– 1.6	– 8.2	– 20.6	– 42.1	– 35.1	– 19.7
As percent of GDP (%)	– 0.1	– 0.4	– 0.9	– 1.8	– 1.4	– 0.8
Yield of long-term government bonds (%)		8.3	6.6	6.7	6.5	5.8
Consumer prices	+ 4.1	+ 3.6	+ 3.0	+ 2.3	+ 2.2	+ 1.9
Unemployment rate						
As percent of total labor force ¹⁾ (%)		3.6	4.2	4.4	4.6	4.7
Dependent employees ²⁾	+ 0.8	– 0.3	+ 0.5	+ 0.1	– 0.2	– 0.6

¹⁾ According to microcensus – ²⁾ Excluding parental leave and military service

should subside in the absence of renewed exchange rate turmoil which in the past has undermined competitiveness. A general tax cut in Germany in 1996 should boost demand from Austria's major travel market. At the same time, expenditures by Austrians abroad will abate due to the squeeze in personal incomes.

The slowdown in demand growth and widespread capacity slack should allow further progress towards price stability. Excess labor supply and rationalization efforts will prevent any rebound in wage pressure; intensifying international competition will put a strain on profit margins. Consumer price inflation may therefore fall below the 2 percent mark.

Sluggish growth of output and the drive for higher productivity – extending also to the service sector – will lead to a further fall in employment. In 1996, this will still be accommodated by a shrinking of the labor force via the current boom in early retirement. When, in the context of the fiscal consolidation program, access to early retirement will be made less generous, lower employment will more easily translate into higher unemployment. On average 1997, the jobless rate (according to international standard definitions) may rise to 5½ percent

AKTUELLE WIFO-WIRTSCHAFTSDATEN

Das WIFO bietet ab Jänner 1996 über Internet eine Auswahl von Tabellen mit wichtigsten nationalen und internationalen Wirtschaftsdaten aus der WIFO-Datenbank an. Für jene Abonnenten, die über keinen Internet-Anschluß verfügen und/oder einen Printout vorziehen, wird auf Wunsch monatlich gratis ein Ausdruck erstellt (zur Bestellung verwenden Sie bitte das diesem Monatsbericht beigelegte Faxformular oder wenden Sie sich an das Abonentenservice des WIFO, Frau Kautz, A-1103 Wien, Postfach 91, Tel. 798 26 01/282). Zusätzlich wird die Möglichkeit bestehen, gegen Kostenersatz einzelne oder alle Tabellen auf Diskette zu beziehen (nähere Auskünfte bei Frau Klöse, Tel. 798 26 01/295).

Internet-Adresse des WIFO: URL:<http://www.wsr.ac.at/wifo-html/>

Durch das tägliche Update bieten die WIFO-Wirtschaftsdaten jederzeit die aktuellsten statistischen Informationen. Die Tabellen umfassen unter anderem folgende Bereiche:

- Konjunktur, zum Teil auch Prognosen für Österreich und das Ausland
- Volkswirtschaftliche Gesamtrechnung (Quartals- und Jahreswerte)
- Öffentliche Haushalte
- Finanzmarkt, Kreditmarkt, Wechselkurse, Zahlungsbilanz
- Produktions- und Auftragsdaten aus verschiedenen Wirtschaftsbereichen (Industrie, Bauwirtschaft, Energieversorgung)
- Preisentwicklung nach Warengruppen
- Arbeitsmarkt: Beschäftigung, Arbeitslosigkeit, offene Stellen
- Außenhandel nach Warengruppen und Handelspartnern
- Tourismus
- Regionaldaten: Produktion, Beschäftigung, Tourismus